

Anzeigen: die Kleinzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Merkmalen 30 Pf.

Abend-Ausgabe.

Vertretung in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler, C. L. Dabbe, Invalidentakt. Berlin Bernh. Mühl, Max Gersmann, Elsevier & Co. Halle a. S. Jul. Bard & Co. Hamburg Wilhelm Witten. In Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. Gebr. Fischer. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Die Rechtsverhältnisse der Kommunalbeamten.

Nachdem die Frankf. Ztg. schon früher verschiedene Male Bestimmungen aus dem neu geplanten Kommunalbeamtengefeße veröffentlicht hat, ist die „Köln. Ztg.“ jetzt in der Lage, den Entwurf eines Gesetzes betreffend Rechtsverhältnisse der Kommunalbeamten vollständig, so wie er sich mittlerweile gestaltet hat, mitzuteilen. Der Entwurf besteht aus vier Titeln, von denen der erste allgemeine Bestimmungen enthält. Von diesen seien folgende hervorgehoben:

Kommunalbeamter im Sinne dieses Gesetzes ist jeder Beamte, welcher von der zuständigen Behörde für den Dienst einer Gemeinde oder eines sonstigen Kommunalverbandes als solcher angestellt ist. Auf kommunale Ehrenbeamte findet dieses Gesetz keine Anwendung. — Ueber die Eigenschaft eines Angestellten als Kommunalbeamter entscheidet, wenn Streit entsteht, die Aufsichtsbehörde des Kommunalverbandes. Gegen die Entscheidung steht den Beteiligten unter Ausschluss des ordentlichen Rechtsweges binnen zwei Wochen die Klage im Verwaltungsstreitverfahren zu. Zuständig ist, wenn die Entscheidung von dem Landrathe gefällt ist, der Bezirksausschuss, in den übrigen Fällen das Verwaltungsgericht. — Der Erlaß von Vorschriften über die Gewährung von Tagegeltern und Meistlofen an die Beamten bei Dienstreisen kann durch Statut des Kommunalverbandes erfolgen. — Hinsichtlich der Dienstvergehen der Kommunalbeamten und derjenigen sonstigen Verhältnisse derselben, welche in diesem Gesetze nicht anderweitig geregelt sind, bewendet es bei den bestehenden Bestimmungen.

Der zweite Titel handelt von den Beamten der Stadtgemeinden. Die Hauptbestimmungen dieses Titels sind folgende:

Die Anstellung derjenigen städtischen Beamten, welche nicht zu den Mitgliedern des kollegialischen Gemeindevorstandes (Magistrats) gehören oder in Städten ohne kollegialischen Gemeindevorstand nicht als Bürgermeister oder Stellvertreter des Bürgermeisters (zweiter Bürgermeister, Beigeordnete) bestellt sind, erfolgt vorbehaltlich der nachstehenden Ausnahmen auf Lebenszeit:

Die Annahme von Beamten kann zu lediglich vorübergehenden Dienstleistungen, zur Vorbereitung oder auch Probe erfolgen. Ueber die Eigenschaft von Dienstleistungen als lediglich vorübergehend entscheidet, wenn Streit entsteht, die Aufsichtsbehörde der Stadtgemeinden. Anstellungen auf Probe dürfen die Dauer von einem Jahre nicht übersteigen. Eine Verlängerung bis zu zwei Jahren ist nur mit Genehmigung des Bezirksausschusses zulässig. Bestimmungen, welche von dem Grundsatze der Anstellung der Beamten auf Lebenszeit abweichen, können durch Statut oder in einzelnen Fällen festgesetzt werden. Die Bestimmungen unterliegen der Genehmigung des Bezirksausschusses. Die Genehmigung kann auf Widerruf erteilt werden. Auf die Beamten der städtischen Betriebsverwaltungen findet der Grundsatze der Anstellung auf Lebenszeit nur insoweit Anwendung, als die Stadtgemeinden dies beschließen. — Die Stadtgemeinden sind befugt, die zu technischen oder mechanischen Dienstleistungen erforderlichen Kräfte im Wege des privatrechtlichen Vertrages einzustellen, sofern den Eingestellten obrigkeitliche Befugnisse nicht übertragen werden sollen.

Die auf Lebenszeit oder Kündigung angestellten städtischen Beamten erhalten bei eintretender Dienstunfähigkeit — sofern nicht mit Genehmigung des Bezirksausschusses ein Anderes vereinbart ist — Pension nach den für die Pensionierung der unmittelbaren Staatsbeamten geltenden Grundsätzen. — Die Witwen und Waisen dieser Beamten erhalten Witwen- und Waisengeld nach den für die Witwen und Waisen der unmittelbaren Staatsbeamten geltenden Vorschriften. — Ueber freitragende Pensionsansprüche der Beamten der Stadtgemeinden sowie über freitragende Ansprüche der Hinterbliebenen der Beamten auf Witwen- und Waisengeld beschließt der Bezirksausschuss.

Im dritten Titel befinden sich bezüglich der Beamten der Landgemeinden, der Landbürgermeistereien, Ämter und Amtsbezirke folgende Hauptbestimmungen:

Die bezüglich der Hinterbliebenen der Beamten der Stadtgemeinden getroffenen Bestimmungen finden auf die Hinterbliebenen obiger Kraft Gesetzes pensionierten Beamten sinntypische Anwendung, jedoch so, daß an Stelle des Bezirksausschusses der Kreisaußschuß tritt. — Die Anstellungs- und Pensionsverhältnisse der sonstigen Beamten dieser Verbände, abgesehen von den Gemeindevorstehern, sowie die Ansprüche der Hinterbliebenen dieser Beamten auf Witwen- und Waisengeld können durch Statut geregelt werden. Auch kann für größere Landgemeinden, Landbürgermeistereien oder Ämter, für welche nach ihren besonderen örtlichen Verhältnissen ein Bedürfnis ordnungsmäßiger Regelung besteht, insbesondere städtische Vororte, Industrieorte, Badeorte u. s. w., sofern ein genehmigtes Statut nicht zu Stande kommt, auf Antrag der Aufsichtsbehörde der Kreisaußschuß beschließen, ob und in wie weit die Bestimmungen über die Beamten der Stadtgemeinden auf die Beamten oder einzelne Klassen der Beamten dieser Verbände sinntypische Anwendung zu finden haben.

Im vierten Titel wird bezüglich der Kreisbeamten bestimmt, daß die Vorschriften über die städtischen Beamten auf sie sinntypische Anwendung finden. Für die Provinzialbeamten sollen die jetzt schon bestehenden Bestimmungen weiter gelten. Außerdem enthält der Titel noch Schlus- und Uebergangsbestimmungen, unter ihnen die Festsetzung des Termins für das Inkrafttreten des Gesetzes auf den 1. April 1900.

mehr, fastlich weniger als heute zu bedeuten hatte, ein werdendes Element für Einheit und Zentralisation bildete, und ich war überzeugt, daß der feststehende Druck auf unsere Reichsinstitutionen um so nachhaltiger sein würde, je mehr der preussische Träger desselben das gefährliche, aber der deutschen Vorgefährde innelebende Bestreben verniederte, den anderen Dynastien die Vorsehung der eigenen unter die Augen zu rücken. König Wilhelm I. war nicht frei von der Neigung dazu, und sein Widerstreben gegen den Titel war nicht ohne Zusammenhang mit dem Bedürfnisse, gerade das überlegene Ansehen der angekommenen preussischen Krone mehr als das des Kaisertitels zur Anerkennung zu bringen. Die Kaiserkrone erschien ihm im Lichte eines übertragenden modernen Mutes, dessen Autorität von Friedrich dem Großen bekämpft war, den Großen Kaiserfürsten bedrückt hatte. Bei den ersten Erörterungen sagte er: „Was soll mir der Charakter-Major?“ worauf ich u. A. erwiderte: „Ihre Majestät wollen doch nicht ewig ein Neutrum bleiben, das Präsidium?“ In dem Ausdrucks-Präsidium liegt eine Abstraktion, in dem Worte „Kaiser“ eine große Schwingkraft.“ Auch bei dem Kronprinzen habe ich für mein Streben, den Kaiserstitel herzustellen, welches nicht einer preussisch-dynastischen Eitelkeit, sondern allein dem Glauben an seine Möglichkeit für Förderung der nationalen Einheit entspringt, im Anfang der günstigen Wendung des Krieges nicht immer Anhang gefunden. Seine königliche Hoheit hatte von irgend einem politischen Phantasien, denen er sein Ohr lieh, den Gedanken aufgenommen, die Erbkrone des von Karl dem Großen wiedererwachten „römischen“ Kaiserthums sei das Unglück Deutschlands gewesen, ein ausländischer, für die Nation ungesund. So nachweisbar letzteres auch geschichtlich sein mag, so unpraktisch war die Bürgerkraft gegen analoge Gefahren, welche des Prinzen Rathgeber in dem Titel „König“ der Deutschen sahen. Es lag heute zu Tage keine Gefahr vor, daß der Titel, welcher allein in der Erinnerung des Volkes lebt, dazu beitragen würde, die Kräfte Deutschlands den eigenen Interessen zu entfremden und dem transalpinen Ehrgeiz bis nach Apulien hin dienstbar zu machen. Das aus einer irrigen Vorstellung entspringende Verlangen, das der Prinz gegen mich aussprach, war nach meinem Eindruck ein völlig ernstes und geschäftliches, dessen Inangriffnahme durch mich gewünscht wurde. Mein Einwand, antwortend auf die Erwähnung der Könige von Bayern, Sachsen, Württemberg mit dem intendierten Könige in Germanien oder Könige der Deutschen führte zu meiner Ueberraschung auf die weitere Konsequenz, daß die genannten Dynastien aufstehen mußten, den Königsstuhl zu führen, um wieder den herzoglichen anzunehmen. Ich sprach die Ueberzeugung aus, daß sie sich dazu gutwillig nicht verstehen würden. Wollte man dagegen Gewalt anwenden, so würde dergleichen Jahrhunderte hindurch nicht vergehen und eine Saat von Wirren und Haß ausstreuen. In dem Gesandten Tagebuch merkt sich die Andeutung, daß wir unsere Stärke nicht gekannt hätten; die Anwendung dieser Stärke in damaliger Gegenwart wäre die Schwäche der Zukunft Deutschlands geworden. Das Tagebuch ist wohl nicht damals auf den Tag geschrieben, sondern später mit Wendungen vervollständigt worden, durch die hiesige Streber den Inhalt glaublich zu machen suchten. Ich habe meiner Ueberzeugung, daß es gefährlich sei, und meiner Entrüstung über die Intriganten und Odenbläser, die sich einer arglosen und edlen Natur wie Kaiser Friedrich aufdrängten, in dem veröffentlichten Inhabitsbericht Ausdruck gegeben. Als ich diesen schrieb, hatte ich keine Ahnung davon, daß der Kaiser in der Richtung von Gefallen, dem hanseatischen Belsen, zu suchen sei, den seine Preusseneindringlichkeit seit Jahren nicht gehindert hatte, sich um die Gunst des preussischen Kronprinzen zu bewerben, um diesen, sein Haus und seinen Staat mit mehr Erfolg schädigen, selbst aber eine Rolle spielen zu können. Gefallen gehörte zu den Strebern, die seit 1866 verbittert waren, weil sie sich und ihre Bedeutung verkannt fanden.

früher statt, zu welchem die Prinzessin Wilhelm von Baden und der Statthalter von Elsaß-Lothringen, Fürst zu Hohenlohe-Langenburg, geladen waren. Im Laufe des Nachmittags trugen der Generalmajorsdirektor Mottl und dessen Gemahlin dem Kaiser und der Kaiserin und den großherzoglichen Herrschaften einige Musikstücke vor. Um 7 Uhr wurde das Diner gemeinsam eingenommen; zu demselben waren der kommandierende General des 14. Armee-korps, General von Bülow, und der Minister des Auswärtigen von Brauer nebst Gemahlinnen geladen. Um 9 Uhr 15 Minuten Abends erfolgte die Abreise des Kaiserpaars, welches von dem Großherzog und der Großherzogin zum Bahnhof geleitet wurde, wo eine herzliche Verabschiedung stattfand. Auf der Fahrt zum Bahnhof wurden dem Kaiserpaar von der Bevölkerung nochmals enthusiastische Kundgebungen dargebracht. — In Gegenwart des Großherzogs und der Großherzogin, des Prinzen Friedrich Leopold von Preußen als Vertreter des Kaisers sowie der übrigen fürstlichen Gäste erfolgte gestern in Darmstadt die Enthüllung des Landesdenkmals für den Großherzog Ludwig IV. Bei der Enthüllung hielt die Festansprache Landtagspräsident Haas-Offenbach. Das Hoch auf das großherzogliche Paar brachte der Vorsteher des Denkmals-Komitees Fürst Hohenlohe-Weinsingen aus. Nach der Enthüllung fand ein Festzug statt, an dem sich mehr als hundert Gruppen beteiligten. — Das langjährige Mitglied des Aufsichtsraths des Norddeutschen Lloyd, Konrad George Albrecht, Vorsteher der Bremer Geographischen Gesellschaft sowie der Bremer Volksschule und Bremer Wollwägerei, ist nach kurzer Krankheit im Alter von 65 Jahren gestorben. — Die bayerischen Infanterieoffiziere sollen von Neujahr ab die preussischen Stabfächer erhalten. Mürsch bemerkt die „Neue bayerische Landeszeitung“ zu dieser Angelegenheit: „Eins und andere.“ — Die Kommunalstände zu Götting bewilligten 45 000 Mark für das Kaiser Friedrich-Museum, in jährlichen Raten von 3000 Mark zahlbar. — Die Wiesbadener Stadtverordneten beschloßen, fernerhin keine Gemeindefeuer von Einkommen unter 900 Mark zu erheben. — In München wird der Bau des im Stil sich an das historische Rathhaus eng anschließenden städtischen Verwaltungsgebäudes nach dem preisgekrönten Entwurf des Privatbogensenten Bürger-Darmstadt mit 630 000 Mark Kosten vom Stadtbauamt ausgeführt. — Der Handelskammer des Herzogthums Gotha lag ein Gesuch dortiger Firmen vor, Schritte gegen die massenhaften Ausweisungen der Dänen aus Deutschland zu thun. Mit dem Gesuche waren nicht alle Mitglieder einverstanden; es wurde folches der Regierung zur Kenntnissnahme und Ermäßigung überwiesen. — Der konservative Landesverein zu Leipzig beschloß einstimmig, das Statut, wie es bisher von den sächsischen Landtagsabgeordneten der Ordnungspartei abgeschlossen war, auch in Zukunft und zwar auch in formeller Form aufrecht zu erhalten und den Vorstand des konservativen Landesvereins zu beauftragen, in diesem Sinne mit dem Vorstand des nationalliberalen Landesvereins in Verbindung zu treten.

Deutschland.

Berlin, 26. November. Zur Durchführung der zwischen dem Kaiser und dem Prinz-Regenten von Bayern getroffenen Verständigung über den obersten Militärgerichtshof wird dem Reichstag eine Vorlage zugehen. In dem Einführungs-gesetz zur Militärstrafprozessordnung ist bestimmt: Die Einrichtung der obersten militärgerichtlichen Instanz mit Rücksicht auf die Verhältnisse Bayerns wird anderweitig festgesetzt. Nach der Militärstrafprozessordnung werden bei dem obersten Militärgerichtshof Senate gebildet; die Senatspräsidenten und die Räthe werden vom Kaiser auf den Vorschlag des Bundesraths ernannt. Jeder Senat besteht aus einem Senatspräsidenten und der erforderlichen Zahl von Räten und Offizieren. In den Senaten führt der rangälteste Offizier den Vorsitz; der Senatspräsident leitet die Verhandlungen; die außerhalb der Hauptverhandlungen notwendigen Verfügungen werden von den Senatspräsidenten erlassen. Ein solcher Senat wird nun besonders für Bayern eingerichtet; zugleich ist Bayern das Recht der Ernennung des Vorsitzenden und der Mitglieder dieses Senates eingeräumt, auftritt der Mitwirkung bei den Vorschlägen des Bundesraths. Beim obersten Reichsmilitärgericht wird eine aus einem Obermilitäranwalt und einem oder mehreren Militäranwälten bestehende Militär-anwaltschaft eingerichtet. Der Obermilitär-anwalt und die Militäranwälte sind „nichtgerichtliche“ Beamte; letztere sind dem Obermilitäranwalt unterstellt, dieser wieder dem Präsidenten des Reichsmilitärgerichts. Nach § 107 erfolgt auch die Ernennung dieser Beamten durch den Kaiser auf den Vorschlag des Bundesraths. Nach der offiziellen Meldung aus München erhält Bayern das Recht, auch den Militäranwalt für den bayerischen Senat zu ernennen. Diese Abweichungen von den bisherigen Bestimmungen des neuen Gesetzes werden gesetzlich festzustellen sein.

Die Vorgänge in Frankreich.

Die Kriminalkammer hat gestern von 12 Uhr Mittags bis 6 Uhr Nachmittags Piquart verhört. Verschiedene Advokaten versicherten im Justizpalast, man habe eine Gesetzesformel entdeckt, wonach der Gouverneur von Paris, General Jaurès, gar nicht berechtigt gewesen sei, die Stellung Piquarts vor ein Kriegsgericht anzusetzen; die Entscheidung hierüber sei vielmehr Sache des Kriegsministers. Es wird berichtet, daß demnächst in der Kammer eine diesbezügliche Interpellation eingebracht werden wird. Die Radikalen werden am Montag trotz der Verschönerungsversuche Dupuy's eine Interpellation einbringen über die Verweisung Piquart's vor ein Kriegsgericht vor dem Spruch des Kassationshofes, da dies offene Aushebung des Militarismus gegen die Ziviljustiz bedeute. Im Senat beschäftigt Dölland eine Interpellation einzubringen über die Zweckmäßigkeit, die Aburtheilung Piquarts durch das Kriegsgericht bis nach der Entscheidung des Kassationshofes hinauszuschieben. Abends zirkulirte das unkontrollirbare Gerücht, der Kassationshof habe dem Kriegsgericht alle Piquart-Akten abgefordert. Falls sich diese Meldung bewahrheitet, würde Piquart dem Kriegsgericht entzogen.

Die Meldung verschiedener Blätter, die Beschlagnahme der Zeitschrift „Le Nire“ sei auf Ansuchen der deutschen Volkspartei erfolgt, ist durchaus unrichtig. Die Konfiskation ist auf die ausschließliche Initiative der französischen Behörden zurückzuführen.

Aus dem Reiche.

Der Kaiser sprach am Donnerstag in Baden-Baden dem ins Schloss befohlenen Oberbürgermeister Dr. Gwinner für den großartigen Empfang seinen herzlichsten Dank aus. Dabei dankte der Oberbürgermeister der Kaiserin für die am Montag eintrafende Einladung zum Besuche in Begleitung des Großherzogs zum Kaiserin. Hier fand ein Familien-

werden. Der Händler mit Arzneimitteln hat andere Mittel und Wege zur Ankündigung seiner Mittel als die Inseratenpaltren der Zeitungen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 25. November. Das „Neue Tagbl.“ berichtet noch zur lippigen Frage, daß fast sämtliche deutsche Bundesfürsten dem Grafen von der Zudenburg der Denkschrift ein Antwortschreiben hätten zugehen lassen. Nachträglich wird auch berichtet, daß, als der Erbgraf dem deutschen Kaiser vor zwei Jahren in Kassel ein besonderes Schreiben des Grafenregenten mit der Ankündigung des Regierungsantritts überbracht habe, der Kaiser ihn im Jagdsitz empfangen und nur einige ganz kurze, ungnädige Worte gesprochen habe.

Spanien und Portugal.

Madrid, 25. November. Die Unterzeichnung des Friedensvertrages erfolgt bestimmt Montag.

Griechenland.

Athen, 25. November. Die Gesandten von Russland, Frankreich, England und Italien werden sich morgen in das königliche Schloss begeben, um offiziell die Ernennung des Prinzen Georg zum Gouverneur von Kreta anzugeben. Der König wird, umgeben vom Prinzen und dem Hofstaate, die Gesandten im Thronsaal empfangen. Der russische Gesandte Onu wird im Namen der Souveräne und Regierungen der vier Mächte die betreffende Mitteilung machen. Der Prinz wird unverzüglich abreisen; keine offizielle griechische Persönlichkeit wird den Prinzen nach Kreta begleiten.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 26. November. Die bisherigen Stadtverordneten Herren Geh. Kommerzienrath Haler, Kommerzienrath Gerber und Kaufmann Emil Aron haben mit Rücksicht auf ihr hohes Alter eine Wiederwahl abgelehnt. — Bei der Mittheilung über das gestrige Wahlergebnis der II. Abtheilung sind die Bezirke irrthümlich verwechselt. Es sind gewählt: im I. Bezirk Schlossermeister Berndt, Kaufmann Fischer, Glasbläser Krüger und Kaufmann G. Vollbrecht; im 2. Bezirk Rechtsanwält Jungmann, Klempnermeister Schilbach, Chemiker Dr. Wimmer und Kaufmann Klischer. — Für die am Montag stattfindende Wahl der I. Abtheilung sind von den „Vereinigten Liberalen“ als Kandidaten aufgestellt die Herren Konrad S. Schröder, Justizrath Mitsch, Kaufmann Blau, Direktor Piper, Kaufmann Kuhl, Rechtsanwält Wehrmann, Kaufmann Zander und Regierungsbaumeister Wedelmann. — Bei der Stadtverordneten-Wahl im 4. Wahlbezirk der III. Abtheilung war, wie schon mitgeteilt, der Fall vorgekommen, daß ein Wähler fälschlich auf den Namen eines anderen gewählt und seine Stimme für den Kandidaten der Sozialdemokratie, Herrn Appel, abgegeben hatte, während der richtige Wähler, trotzdem er mit Legitimation erschienen war, zur Stimmabgabe nicht zugelassen worden war. Herr Professor Dr. Kollisch hatte am Schluß des Wahlakts, dagegen Protest erhoben und einen betreffenden Vermerk in den Wahlakten veranlaßt. Außerdem waren von den zu diesem Zwecke angestellten Schreibern unseres Wahlbezirks 400 Wähler mit Namen als falsch notirt worden, welche Herrn Schald ihre Stimme gegeben hatten, während die gegnerischen und zerplitterten Stimmen sich auf 399 belaufen. Umgekehrt hatte der Wahlvorstand des Magistrats offiziell nur 399 Stimmen für Schald, dagegen 400 gegnerische und zerplitterte Stimmen gezählt, so daß eine Stichwahl erforderlich gewesen wäre. Gegen das Verfahren des Wahlvorstandes in dem oben erwähnten Falle und seine Festsetzung des Wahlergebnisses reichte Herr Professor Dr. Kollisch einen schriftlichen Protest bei Herrn Oberbürgermeister Haler ein, und nach einer heute Herrn Professor Dr. Kollisch zugegangenen amtlichen Benachrichtigung hat sich bei angelegelter Untersuchung die 400te Stimme für Schald unter den Wahlzetteln für Friedemann thätig festgestellt gefunden, außerdem ist die fälschlich für Appel abgegebene Stimme festgestellt, dagegen die von dem legitimierten Wähler für Schald abgegebene Stimme nachträglich als gültig angerechnet worden, so daß Herr Schald also 401 Stimmen erhalten hat, während die gegnerischen und zerplitterten Stimmen zusammen nur 397 betragen.

Deutschland.

Berlin, 26. November. Zur Durchführung der zwischen dem Kaiser und dem Prinz-Regenten von Bayern getroffenen Verständigung über den obersten Militärgerichtshof wird dem Reichstag eine Vorlage zugehen. In dem Einführungs-gesetz zur Militärstrafprozessordnung ist bestimmt: Die Einrichtung der obersten militärgerichtlichen Instanz mit Rücksicht auf die Verhältnisse Bayerns wird anderweitig festgesetzt. Nach der Militärstrafprozessordnung werden bei dem obersten Militärgerichtshof Senate gebildet; die Senatspräsidenten und die Räthe werden vom Kaiser auf den Vorschlag des Bundesraths ernannt. Jeder Senat besteht aus einem Senatspräsidenten und der erforderlichen Zahl von Räten und Offizieren. In den Senaten führt der rangälteste Offizier den Vorsitz; der Senatspräsident leitet die Verhandlungen; die außerhalb der Hauptverhandlungen notwendigen Verfügungen werden von den Senatspräsidenten erlassen. Ein solcher Senat wird nun besonders für Bayern eingerichtet; zugleich ist Bayern das Recht der Ernennung des Vorsitzenden und der Mitglieder dieses Senates eingeräumt, auftritt der Mitwirkung bei den Vorschlägen des Bundesraths. Beim obersten Reichsmilitärgericht wird eine aus einem Obermilitäranwalt und einem oder mehreren Militäranwälten bestehende Militär-anwaltschaft eingerichtet. Der Obermilitär-anwalt und die Militäranwälte sind „nichtgerichtliche“ Beamte; letztere sind dem Obermilitäranwalt unterstellt, dieser wieder dem Präsidenten des Reichsmilitärgerichts. Nach § 107 erfolgt auch die Ernennung dieser Beamten durch den Kaiser auf den Vorschlag des Bundesraths. Nach der offiziellen Meldung aus München erhält Bayern das Recht, auch den Militäranwalt für den bayerischen Senat zu ernennen. Diese Abweichungen von den bisherigen Bestimmungen des neuen Gesetzes werden gesetzlich festzustellen sein.

Die Vorgänge in Frankreich.

Die Kriminalkammer hat gestern von 12 Uhr Mittags bis 6 Uhr Nachmittags Piquart verhört. Verschiedene Advokaten versicherten im Justizpalast, man habe eine Gesetzesformel entdeckt, wonach der Gouverneur von Paris, General Jaurès, gar nicht berechtigt gewesen sei, die Stellung Piquarts vor ein Kriegsgericht anzusetzen; die Entscheidung hierüber sei vielmehr Sache des Kriegsministers. Es wird berichtet, daß demnächst in der Kammer eine diesbezügliche Interpellation eingebracht werden wird. Die Radikalen werden am Montag trotz der Verschönerungsversuche Dupuy's eine Interpellation einbringen über die Verweisung Piquart's vor ein Kriegsgericht vor dem Spruch des Kassationshofes, da dies offene Aushebung des Militarismus gegen die Ziviljustiz bedeute. Im Senat beschäftigt Dölland eine Interpellation einzubringen über die Zweckmäßigkeit, die Aburtheilung Piquarts durch das Kriegsgericht bis nach der Entscheidung des Kassationshofes hinauszuschieben. Abends zirkulirte das unkontrollirbare Gerücht, der Kassationshof habe dem Kriegsgericht alle Piquart-Akten abgefordert. Falls sich diese Meldung bewahrheitet, würde Piquart dem Kriegsgericht entzogen.

Aus dem Reiche.

Der Kaiser sprach am Donnerstag in Baden-Baden dem ins Schloss befohlenen Oberbürgermeister Dr. Gwinner für den großartigen Empfang seinen herzlichsten Dank aus. Dabei dankte der Oberbürgermeister der Kaiserin für die am Montag eintrafende Einladung zum Besuche in Begleitung des Großherzogs zum Kaiserin. Hier fand ein Familien-

werden. Der Händler mit Arzneimitteln hat andere Mittel und Wege zur Ankündigung seiner Mittel als die Inseratenpaltren der Zeitungen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 25. November. Das „Neue Tagbl.“ berichtet noch zur lippigen Frage, daß fast sämtliche deutsche Bundesfürsten dem Grafen von der Zudenburg der Denkschrift ein Antwortschreiben hätten zugehen lassen. Nachträglich wird auch berichtet, daß, als der Erbgraf dem deutschen Kaiser vor zwei Jahren in Kassel ein besonderes Schreiben des Grafenregenten mit der Ankündigung des Regierungsantritts überbracht habe, der Kaiser ihn im Jagdsitz empfangen und nur einige ganz kurze, ungnädige Worte gesprochen habe.

Spanien und Portugal.

Madrid, 25. November. Die Unterzeichnung des Friedensvertrages erfolgt bestimmt Montag.

Griechenland.

Athen, 25. November. Die Gesandten von Russland, Frankreich, England und Italien werden sich morgen in das königliche Schloss begeben, um offiziell die Ernennung des Prinzen Georg zum Gouverneur von Kreta anzugeben. Der König wird, umgeben vom Prinzen und dem Hofstaate, die Gesandten im Thronsaal empfangen. Der russische Gesandte Onu wird im Namen der Souveräne und Regierungen der vier Mächte die betreffende Mitteilung machen. Der Prinz wird unverzüglich abreisen; keine offizielle griechische Persönlichkeit wird den Prinzen nach Kreta begleiten.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 26. November. Die bisherigen Stadtverordneten Herren Geh. Kommerzienrath Haler, Kommerzienrath Gerber und Kaufmann Emil Aron haben mit Rücksicht auf ihr hohes Alter eine Wiederwahl abgelehnt. — Bei der Mittheilung über das gestrige Wahlergebnis der II. Abtheilung sind die Bezirke irrthümlich verwechselt. Es sind gewählt: im I. Bezirk Schlossermeister Berndt, Kaufmann Fischer, Glasbläser Krüger und Kaufmann G. Vollbrecht; im 2. Bezirk Rechtsanwält Jungmann, Klempnermeister Schilbach, Chemiker Dr. Wimmer und Kaufmann Klischer. — Für die am Montag stattfindende Wahl der I. Abtheilung sind von den „Vereinigten Liberalen“ als Kandidaten aufgestellt die Herren Konrad S. Schröder, Justizrath Mitsch, Kaufmann Blau, Direktor Piper, Kaufmann Kuhl, Rechtsanwält Wehrmann, Kaufmann Zander und Regierungsbaumeister Wedelmann. — Bei der Stadtverordneten-Wahl im 4. Wahlbezirk der III. Abtheilung war, wie schon mitgeteilt, der Fall vorgekommen, daß ein Wähler fälschlich auf den Namen eines anderen gewählt und seine Stimme für den Kandidaten der Sozialdemokratie, Herrn Appel, abgegeben hatte, während der richtige Wähler, trotzdem er mit Legitimation erschienen war, zur Stimmabgabe nicht zugelassen worden war. Herr Professor Dr. Kollisch hatte am Schluß des Wahlakts, dagegen Protest erhoben und einen betreffenden Vermerk in den Wahlakten veranlaßt. Außerdem waren von den zu diesem Zwecke angestellten Schreibern unseres Wahlbezirks 400 Wähler mit Namen als falsch notirt worden, welche Herrn Schald ihre Stimme gegeben hatten, während die gegnerischen und zerplitterten Stimmen sich auf 399 belaufen. Umgekehrt hatte der Wahlvorstand des Magistrats offiziell nur 399 Stimmen für Schald, dagegen 400 gegnerische und zerplitterte Stimmen gezählt, so daß eine Stichwahl erforderlich gewesen wäre. Gegen das Verfahren des Wahlvorstandes in dem oben erwähnten Falle und seine Festsetzung des Wahlergebnisses reichte Herr Professor Dr. Kollisch einen schriftlichen Protest bei Herrn Oberbürgermeister Haler ein, und nach einer heute Herrn Professor Dr. Kollisch zugegangenen amtlichen Benachrichtigung hat sich bei angelegelter Untersuchung die 400te Stimme für Schald unter den Wahlzetteln für Friedemann thätig festgestellt gefunden, außerdem ist die fälschlich für Appel abgegebene Stimme festgestellt, dagegen die von dem legitimierten Wähler für Schald abgegebene Stimme nachträglich als gültig angerechnet worden, so daß Herr Schald also 401 Stimmen erhalten hat, während die gegnerischen und zerplitterten Stimmen zusammen nur 397 betragen.

Deutschland.

Berlin, 26. November. Zur Durchführung der zwischen dem Kaiser und dem Prinz-Regenten von Bayern getroffenen Verständigung über den obersten Militärgerichtshof wird dem Reichstag eine Vorlage zugehen. In dem Einführungs-gesetz zur Militärstrafprozessordnung ist bestimmt: Die Einrichtung der obersten militärgerichtlichen Instanz mit Rücksicht auf die Verhältnisse Bayerns wird anderweitig festgesetzt. Nach der Militärstrafprozessordnung werden bei dem obersten Militärgerichtshof Senate gebildet; die Senatspräsidenten und die Räthe werden vom Kaiser auf den Vorschlag des Bundesraths ernannt. Jeder Senat besteht aus einem Senatspräsidenten und der erforderlichen Zahl von Räten und Offizieren. In den Senaten führt der rangälteste Offizier den Vorsitz; der Senatspräsident leitet die Verhandlungen; die außerhalb der Hauptverhandlungen notwendigen Verfügungen werden von den Senatspräsidenten erlassen. Ein solcher Senat wird nun besonders für Bayern eingerichtet; zugleich ist Bayern das Recht der Ernennung des Vorsitzenden und der Mitglieder dieses Senates eingeräumt, auftritt der Mitwirkung bei den Vorschlägen des Bundesraths. Beim obersten Reichsmilitärgericht wird eine aus einem Obermilitäranwalt und einem oder mehreren Militäranwälten bestehende Militär-anwaltschaft eingerichtet. Der Obermilitär-anwalt und die Militäranwälte sind „nichtgerichtliche“ Beamte; letztere sind dem Obermilitäranwalt unterstellt, dieser wieder dem Präsidenten des Reichsmilitärgerichts. Nach § 107 erfolgt auch die Ernennung dieser Beamten durch den Kaiser auf den Vorschlag des Bundesraths. Nach der offiziellen Meldung aus München erhält Bayern das Recht, auch den Militäranwalt für den bayerischen Senat zu ernennen. Diese Abweichungen von den bisherigen Bestimmungen des neuen Gesetzes werden gesetzlich festzustellen sein.

Die Vorgänge in Frankreich.

Die Kriminalkammer hat gestern von 12 Uhr Mittags bis 6 Uhr Nachmittags Piquart verhört. Verschiedene Advokaten versicherten im Justizpalast, man habe eine Gesetzesformel entdeckt, wonach der Gouverneur von Paris, General Jaurès, gar nicht berechtigt gewesen sei, die Stellung Piquarts vor ein Kriegsgericht anzusetzen; die Entscheidung hierüber sei vielmehr Sache des Kriegsministers. Es wird berichtet, daß demnächst in der Kammer eine diesbezügliche Interpellation eingebracht werden wird. Die Radikalen werden am Montag trotz der Verschönerungsversuche Dupuy's eine Interpellation einbringen über die Verweisung Piquart's vor ein Kriegsgericht vor dem Spruch des Kassationshofes, da dies offene Aushebung des Militarismus gegen die Ziviljustiz bedeute. Im Senat beschäftigt Dölland eine Interpellation einzubringen über die Zweckmäßigkeit, die Aburtheilung Piquarts durch das Kriegsgericht bis nach der Entscheidung des Kassationshofes hinauszuschieben. Abends zirkulirte das unkontrollirbare Gerücht, der Kassationshof habe dem Kriegsgericht alle Piquart-Akten abgefordert. Falls sich diese Meldung bewahrheitet, würde Piquart dem Kriegsgericht entzogen.

Aus dem Reiche.

Der Kaiser sprach am Donnerstag in Baden-Baden dem ins Schloss befohlenen Oberbürgermeister Dr. Gwinner für den großartigen Empfang seinen herzlichsten Dank aus. Dabei dankte der Oberbürgermeister der Kaiserin für die am Montag eintrafende Einladung zum Besuche in Begleitung des Großherzogs zum Kaiserin. Hier fand ein Familien-

Beim Beginn der Winterzeit dürfte es angebracht sein, von Neuem darauf hinzuweisen, daß Postkarten mit Winterlandschaften, auf denen der Schnee durch Glimmer, Glas- oder Celluloidsplitterchen z. dargelegt ist, von der Beförderung durch die Post ausgeschlossen werden. Es hat dies bekanntlich darin seinen Grund, daß durch diese Präparate Verletzungen an den Händen des expedirenden Postpersonals verursacht werden, welche leicht Blutvergiftungen nach sich ziehen können.

Bekanntlich hat die Hamburg-Amerika-Linie im Frühjahr d. J. der Schiffs- und Maschinenbau-Aktien-Gesellschaft „Vulkan“ den Bau eines Doppelschrauben-Schneldampfers im Auftrag gegeben, welcher sowohl seiner Größe als auch seiner Geschwindigkeit nach alle Schiffe übertreffen soll, die gegenwärtig die große Hochstraße zwischen der neuen und der alten Welt befahren. Die Gesellschaft beabsichtigt, diesem Schiffe den Namen „Deutschland“ zu geben. Die „Deutschland“ soll ihre erste Reise zwischen Hamburg und Newyork Anfang März im Jahre 1900 antreten, und es wird erwartet, daß das Schiff die Reise zwischen den beiden Erdtheilen, von Land zu Land gerechnet, in etwa fünf Tagen zurücklegen wird. Um diese bisher für kaum erreichbare gehaltenen Geschwindigkeit zu erzielen, bedarf es einer Maschinenleistung von ca. 34 000 Pferdekraften, wobei zum Vergleich erwähnt werden mag, daß die Maschinen des Schneldampfers „Fürst Bismarck“ ca. 16 000, und diejenigen der „Augusta Victoria“ 12 500 Pferdekraften leisten, während der „Great Eastern“, dessen Länge die „Deutschland“ bis auf wenige Fuß erreicht, gar nur 8000 Pferdekraften besaß. Die „Deutschland“, deren Herstellungskosten auf 11 1/2 Millionen Mark geschätzt werden, wird etwa 800 Kajütenpassagiere und 600 Zwischenbedienstete befördern, während die Mannschaft des Schiffes eine Zahl von 420 Personen umfassen dürfte.

Verunglückungen des Eisenbahnpersonals bei Prüfung der Fahrkarten im rollenden Zuge gehörten bekanntlich früher zu den regelmäßig wiederkehrenden Erscheinungen. Nach den Ermittlungen des Reichseisenbahnamts wurden aus diesem Anlaß auf den preussischen Staatsbahnen von den Fahrbediensteten getödtet: 1885: 6, 1886: 3, 1887: 2, 1888: 3, 1889: 2, 1890: 6, 1891: 5, 1892: 9 und 1893: 3 und verlegt: 1885: 11, 1886: 14, 1887: 21, 1888: 16, 1889: 31, 1890: 27, 1891: 30, 1892: 19 und 1893: 29 Fahrbedienstete. Auf den übrigen deutschen Eisenbahnen lag die Sache ähnlich. Diese beklagenswerthen Umstände gaben hauptsächlich den Anlaß, die Fahrkartenprüfung von den Zügen an die Bahnsteige zu verlegen und die Bahnsteigperron einzuführen, eine Maßregel, mit der in Preußen am 1. Oktober 1893 begonnen wurde, und die nunmehr fast vollständig zur Durchführung gelangt ist. Die Folgen dieser Maßnahme auf Leben und Gesundheit des Fahrpersonals sind außerordentlich günstige gewesen. Im Jahre 1894 wurden bei der Fahrkartenprüfung nur noch 2 Personen getödtet und 12 verletzt. In den Jahren 1895, 1896, 1897 und 1898 (bis 1. Oktober) sind Tödtungen überhaupt nicht mehr vorgekommen, es wurden 1895: 3, 1896: 2, 1897: 4 Fahrbedienstete auf den preussischen Staatsbahnen verletzt, und in der Zeit vom 1. Januar bis 1. Oktober 1898 sind auf diesen auch Verletzungen jener Bediensteten aus solchem Anlaß nicht mehr vorgekommen. Sind schon diese Folgen der Einführung der Bahnsteigperron gewiß in hohem Grade erfreulich, so ist vielleicht noch größer der Gewinn zu veranschlagen, den die bessere Erhaltung der Gesundheit des hier in Frage kommenden Fahrpersonals darstellt. Die Witterungseinflüsse, denen die auf den Trübbrettern sich bewegenden Beamten namentlich in der rauheren Jahreszeit ausgesetzt waren, erwiesen sich für den Gesundheitszustand derselben geradezu verberlich.

Am Montag Abend findet im Saale des Gr. Vereinshauses ein Konzert statt, welches allerseits Beachtung verdient; dasselbe wird von dem erblinden Organisten Karl Grothe veranstaltet, dem der beste Aufwuchs und besonders bei seinen Vorträgen künstlerischen Empfinden nachgerühmt wird. Unterstützt wird derselbe durch die Sängerin Frä. Marie Danow, einer Schülerin der Frau Schröder-Chaloupka, und Herrn Georg Lehmann.

Im Stadtheater gelangt Sonntag Nachmittag bei kleinen Preisen „Undine“ zur Aufführung, Abends wird „Auf der Sonnen-“ zum ersten Male wiederholt. Montag folgt Frä. Marie Danow ihr Gastspiel als „Fedora“ fort.

Das Bellevue-Theater bringt Sonntag Nachmittag bei kleinen Preisen eine Wiederholung des „Verheiratheten“, am Abend verabschiedet sich Frau Frauch-Grebenberg als „Cyprienne“ und soll das die letzte Rolle der Künstlerin sein.

In den Zentralhallen findet am morgigen Sonntag wiederum eine Nachmittags-Vorstellung bei halben Preisen statt, das gegenwärtige Ensemble tritt nur noch bis Mittwoch auf.

Die Direktion des Konfordia-Theaters bietet gegenwärtig ein sehr vielseitiges Programm, zu dem sich vom morgigen Sonntag ab noch die Akrobaten und Kraftturner Gebrüder Kieckel gesellen.

Im Juli dieses Jahres wurde vom Dampfer „Oberbürgermeister Haler“ eine große Manilatroffe im Werthe von ungefähr 200 Mark gestohlen. Der Verdacht des Diebstahls lenkte sich damals auf den Kabinenführer Otto Lütz, welcher mit seinem Fahrgang neben dem Dampfer gelegen hatte, die Schiffsfahrschreiber fahndete deshalb auf ihn und als er kürzlich wieder nach Stettin kam, begab sich ein Schutzmann auf den im Grünen Graben liegenden Kahn. Dort fand sich ein Ende Manilatroffe vor, das L. in Hamburg gekauft haben wollte, die Frage, ob sich noch mehr von dem gleichen Tawerz an Bord befände, vernahm er, bei der darauf vorgenommenen Durchsuchung wurde jedoch ein Segelkasten, unter Segelgang verborgen, ein größeres Stück Manilatroffe entdeckt, das nun ebenfalls von dem natürlich unbekanntem Hamburger Händler erstanden sein soll. Weiter fand man vier Saal Kristallglocken und neun Fußmatten, über deren Herkunft nur ungenügende Auskunft gegeben werden konnte. Nachdem die

den Gedanken und Bismarcks

„den Gedanken und Bismarcks“ fol-

Polizei ermittelt, daß sich vorher eine Ladung Zucker von Magdeburg nach hier geholt habe, bequente sich der Bruder des Kaffeehändlers, Bootsmann Martin Lüd, zu dem Geschäft, daß er den Zucker entwendet habe. Martin L. wurde darauf festgenommen, um die Möglichkeit weiterer Verabredungen unter den Brüdern zu verhindern.

* Auf der Altdammerstraße wurden heute früh von hier zu Markt fahrenden Wagen verschiedentlich Gänge gestohlen. Unter dem Verdict der Teilnahme an diesen Diebstählen wurden die Arbeiter Richard Braun und Herrn. Schneider verhaftet.

* Vom Zentralgutbahnhof wurde heute Vormittag der Krankenwagen der Sanitäts-Wache II requiriert, um einen verunglückten Arbeiter nach dem Krankenhaus zu befördern.

* Heute früh gegen 6 1/2 Uhr wurde die Feuerwehre nach dem Grundstück der Bergschloßbrauerei gerufen, woselbst durch Ueberfahren von Pech ein kleiner Brand entstanden war. Die Feuerwehre kam nicht mehr in Thätigkeit.

* In Bah n (Kreis Greifenhagen) brannte gestern Abend ein zum Gutmannschen Gasthofe gehöriges Stallgebäude nieder.

* Gelegenlich eines im Saale der Hofbrauerei stattgehabten, stark besetzten Konzertes wurde einer Dame das Portemonnaie mit etwa 5 Mark Inhalt aus der Kleidertasche entwendet.

* Bei einem in der Hofgassestraße wohnhaften Arbeiter hat sich eine große deutsche Dogge, blau mit weißer Brust, angefangen. Der Hund wurde der Polizei zugeführt und auf deren Veranlassung von den Hundehaltern in Gewahrsam genommen.

Eingefandt.

In der „Office-Zeitung“ Nr. 542 befindet sich ein Artikel, der, wie schon öfter, auch diesmal seine Spitze gegen den Verein Stettiner Kaufleute zieht. Wir sind es gewohnt, daß gerade das Organ des Handels gegen uns besonders ihren Unwillen heraufbescheidet und würden auch diesmal nicht einen Federstrich thun, wenn die Art und Weise des Schreibens nicht so gehässig gehalten wäre. Der Verein Stett. Kaufleute weiß ganz genau, daß er einem Theil der hiesigen Großhändler ein Dorn im Auge ist, weil endlich die Mitglieder des Vereins aufgehört haben, sich mit zugebundenen Augen den hiesigen Großhändlern zu verschreiben und das ganz mit Recht.

Wir wissen ebenso genau wie der Herr Artikelreiber, daß unsere hiesige Siederei eine der kulantesten ist und zweifeln wir nicht, daß die Mitglieder im Lagerartikel seitens der Siederei bereits anerkannt sind. Aber ich frage, ob es ein so unerhörtes Verlangen ist, wenn die Mitglieder rein netto kaufen wollen, mag doch der Preis um das Papier erhöht werden. Der Verein Stett. Kaufl. beabsichtigt damit, endlich den Siedereien unter den Detailsitten ein Ziel zu setzen, denn es giebt heute noch viele, die nicht wissen, daß sie Papier als Zucker zu bezahlen haben. Gar zu komisch wirkt die Veranlassung der Diskonts als Ausgleichsmittel. Was hat der Diskont mit dem gelieferten Gewicht zu thun? Der Diskont ist ein Äquivalent für Barzahlung, aber nicht für das fehlende Gewicht; und es ist bedauerlich, wenn eine so einfache Sache dem Herrn Einsender noch besonders geklärt werden muß. Es ist richtig, daß der Detailist seinen Zucker auch mit Dite verkauft, aber sicher nur mit Verlust, denn die Diten sind ganz erheblich theurer als der Zucker.

Bei den Sultaninen und Mosinen berührt der Herr Einsender gar nicht die feinsten Marken, die zwar für die Mehrzahl der besseren Geschäfte ins Gewicht fallen, da die Mosinen sowohl als auch Sultaninen und Korinthen in Säcke nur Waaren 2. Qualität darstellen.

Bei Sonig vergütet Hamburg 12 Prozent, Stettin nur 10 Prozent, also steht Stettin hinteran.

Bei Schmalz giebt es hier 16 Prozent, in Berlin und Hamburg 17 Prozent ohne Rücksicht auf die Steuerbehörde, die im ganzen Reich 16 Prozent Zera bei der Verzollung bewilligt. Wäre nun die Original-Zera nicht größer als wie 16 Prozent, so würden Hamburg und Berlin nicht 17 Prozent bei gleichem Preise bewilligen.

Ueber die angebliche Sucht der Kleinbändler, möglichst weiter zu kaufen, läßt sich nur bemerken, daß der Kleinbändler nur da kaufen kann, wo er am billigsten und besten kauft, und das ist leider nicht in allen Fällen Stettin.

Ueber den Lokalpatriotismus der Kleinbändler auch noch ein Wort zu verlieren, hiesie einfach, bestehende Thatsache nochmals besonders hervorheben zu wollen, aber dem Herrn Einsender sei bemerkt, daß es für Stettin ein wahrer Segen wäre, wenn die Herren Großhändler nur halb so viel von dem Lokalpatriotismus besäßen, wie die Kleinbändler.

Nun kommt aber der Witzschrei, daß der Verein Stettiner Kaufleute hier nicht kauft und selbst einen Konsumverein, die er doch bekämpfe, bilde.

Zu möchte den Herrn Einsender fragen, wie er zu dem Verein Stettiner Kaufleute überhaupt gekommen ist.

Ein Theil der Stadtverordneten hat in einer Vorbesprechung u. A. die Gelegenheit benutzt, den hiesigen Großhändlern einige Mängel vorzuhalten, worüber dieselben nicht erobert, sondern aufbar sein sollten. Der Verein Stettiner Kaufleute hat direkt garnichts mit dem Artikel der Stadtverordneten zu thun gehabt, wenn sich die Stadtverordneten bei einigen Mitgliedern vom Verein Stettiner Kaufleute Erkundigungen eingeholt haben, so hat doch der Verein als solcher damit nichts gemein, aber irgend wie muß auch bei dem Einsender die Wuth zum Ausdruck kommen und da ist ihm gerade unser Verein, wie üblich bei den Großhändlern, die geeignete Stelle, seinem Vergewalt zu machen.

Unser Hafen ist für die Großkaufleute und für den Großverkehr geschaffen worden und da ist es nicht mehr wie recht und billig, daß die Großhändler sich ihrer Pflichten erinnern, und dafür Sorge tragen, daß der Hafen sich auch durch den Handel selbst rentire, damit nicht die anderen Einwohner Stettins, die garnichts oder doch sehr wenig mit dem Handel zu thun haben, dafür auch noch Steuern zu zahlen haben. Wie das so im Leben geht. So lange der Kleinbändler über sich alles erheben ließ, und jeden Preis anstandslos bei den hiesigen Großhändlern bewilligte, so lange waren deren Geld und auch sie selbst ja ganz achtbare Leute, auf die man nicht zu schimpfen brauchte.

Als dann aber die Konsumvereine, die Beamten und Offiziervereine sich auch hier breit und immer breiter machten, als deren Wirksamkeit immer unheilvoller für den Kleinhandel wurde, als damit ferner die Nothwendigkeit an den Kleinbändler herantrat, sich seines Brodes zu erwehren, um sich gegen diese so ungemeine Moloch zu wehren, da hatte der hiesige Großhändler nichts weiter zu thun als sogleich auf den Verein Stettiner Kaufleute los-

zuhaben und in wahrhaft nicht feiner Art, als ob derselbe in Wahrheit eine so schlechte Einrichtung sei. Ja, man scheint sich nicht zu sagen, daß es gegen den Freisinn verstoße, wenn man gegen die Beamten- und Konsumvereine Front mache.

Von einer Unterstützung und einem Beistand seitens der Großhändler ist nun gar keine Rede, mag doch der Detailist hier am Plage sein, wo er bleibt, denn wir Großhändler haben ja das Binnenland, die Kaufleute dort sind ja größere Abnehmer als die hiesigen und kaufen ja noch von uns. Der Herr Einsender vergißt aber ganz, daß auch in den Provinzstädten sich Konsum- und Beamtenvereine bilden, und noch viel mehr als früher sich bilden werden, und daß die Herren Großhändler, wenn sie die Kleinbändler, als dem natürlichen Mittelglied zwischen Konsumant und Fabrikant und Großhändler, nicht unterstützen in dem Kampf gegen das Konsum-unwesen, sich selbst den St abgeben, auf dem sie sitzen.

Um auf den Verein Stettiner Kaufleute als Waareneinkaufverein zurückzukommen, so ist der Herr Artikelreiber wieder nicht gut unterrichtet, wenn er sagt, der Verein Stettiner Kaufleute habe keinen Lokalpatriotismus, er habe die Sucht, seine Waaren möglichst weit her zu beziehen.

Wir bitten den Herrn, sich gefl. zu den hiesigen Großhändlern und Fabrikanten zu bemühen, er wird sogleich dahin bekehrt werden, daß der Verein als solcher am liebsten am Plage kauft, wenn die hiesigen Firmen mit den Offerten von außerhalb mitgehen. Aber der Verein Stettiner Kaufleute wird diesen Artikel, als auch schon die früheren, zur Lehre und zur ferneren Nachsicht nicht nicht entgegen lassen, sondern ihn recht sehr beherzigen als Merkmal der Gefinnung der hiesigen Großhändler. Wie sich diese Gefinnung äußert, davon gab ja die Nr. 542 Aufschluß; denn da wurde u. A. noch besonders der Größe der einzelnen Geschäfte gedacht. Wir bemerken dem Herrn Einsender zur gefl. Kenntnissnahme, daß wir in unserem Verein Kunden der hiesigen Siederei haben, die nachweislich laut Buch in einem Jahr für Markt 72 000 Zucker gegen baar gekauft haben.

Aus den Provinzen.

B. Nürnberg, 25. November. Ueber das Vermögen des Kaufmanns Julius Prochnow hierseits ist das Konkursverfahren eröffnet. Anmeldefrist: 23. Januar.

Grünheim, 25. November. Hier wird gegenwärtig starke antisemitische Agitation getrieben, um dem „Deutschen Volks-Bunde“ Mitglieder zuzuführen; zur Unterstützung derselben sprach vorgestern der Redakteur Dr. v. Mosch aus Grünheim, welcher die bekannten Schlagwörter gegen das Großkapital und die Juden vorbrachte.

Regatz, 25. November. In einer der letzten Nächte hat der Großschmiedmeister Alhgrimm in dem Vorgewallsee einen selten reichen Fischzug mit 7 Fischen gemacht. Gefangen wurden Zander, Döchte, Barsche und Bleie. Die Qualität sämtlicher Fische ist durchweg vorzüglich. Alle Zander und Döchte, welche nicht annähernd drei Pfund wogen, wurden alsbald wieder dem wasser Elemente übergeben, um die Fische bei dem Vorgewallsee auch für die Zukunft rentabel zu gestalten. Die Fische wurden gestern und heute zum allergrößten Theil an die Fischhandlung Berg-Straußmann verkauft, während kleinere Fische hier und in der Umgegend Absatz fanden. Der Erlös dafür läßt sich zur Zeit noch nicht mit Sicherheit feststellen, jedoch dürfte derselbe annähernd 1000 Mark betragen.

A. Neustettin, 25. November. In den hiesigen Anlagen ist gestern eine aus dem Sachsenwald stammende Giche zur Erinnerung an den Reichskanzler Fürst Bismarck gepflanzt worden. Am dem Baum soll später ein Gedenkstein mit entsprechender Widmung angebracht werden. — Die Herren Landrath von Bonin, Amtsvorsteher Wietze, Hauptmann a. D. von Puttkamer, Rittergutsbesitzer von Saporsky, Rittergutsbesitzer v. Schmitzblum und Administrator Siegemann erlassen folgende Erklärung: „Der Professor Förster hat in einem von Ende August datirten, aber erst vor wenigen Wochen zu unserer Kenntniss gekommenen Flugblatt den Unterzeichneten verschiedene Pflichtenwidrigkeiten und ungebührliche Wahlbeeinflussungen gelegentlich der letzten Reichstagswahl vorgeworfen. Wir erklären alle diese Angaben, soweit sie unsere Personen betreffen, für unwahr. Auf den Inhalt des Flugblattes gehen wir weiter nicht ein, und weisen nur darauf hin, daß Herr Professor Förster im Eingange seines Flugblattes versprochen hat, den Hauptgrund für seine Niederlage anzugeben. Dieser Hauptgrund besteht darin, daß die Mehrzahl der Wähler in den letzten 5 Jahren gelernt hat, einzusehen, daß alle die Verurtheilungen, auf welche hin Herr Professor Förster vor 5 Jahren gewählt wurde, weiter nichts als große Worte und hohle Nebensachen sind.“

S. Brenzlau, 25. November. Auf dem israelitischen Friedhof hierseits sind in neuerer Zeit mehrfach Grabsteine gewaltsam ausgerissen worden, so daß sich der Vorstand der Synagogen-Gemeinde veranlaßt gesehen hat, auf die Ermittlung der Thäter eine Belohnung auszusprechen.

Literatur.

Aus Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“. Am 29. d. M. erscheint im Verlag der J. G. Cotta'schen Buchhandlung Nachfolger in Stuttgart das schon lange mit Spannung erwartete Werk: „Gedanken und Erinnerungen von Otto Fürst von Bismarck“. Das Manuscript ist vom Fürsten persönlich den Verlegern übergeben. Fürst Bismarck hat, nachdem die erste Niederschrift nach seinem Diktate angefertigt war, unausgütig an seinem Buche weiter gearbeitet, Korrekturen und Erweiterungen angebracht, auch ganze Seiten mit eigener Hand neu geschrieben. Ein Familienbrief von zwei solchen Seiten liegt dem in zwei Bänden erscheinenden, mit einem Bildnis des Fürsten nach Lenbach geschmückten Werke bei. Das Buch bietet eine politische Betrachtung, untermischt mit Aufstellungen über Lebens- und Jugendzeit bis zu seinen letzten staatsmännischen Thaten. Dazwischen eingestreut Briefe von ihm und an ihn, theils neue, theils schon bekannte, ferner ist ihm wichtig, solche an der geeigneten Stelle wirken zu lassen. Es braucht nicht gesagt zu werden, welcher Werth den Aufschlüssen zukommt, die Fürst Bismarck über die Zeitgeschichte geben wollte und mit seinem Namen beglaubigt. Sie bilden nicht nur Nachrichten, die er daran knüpfte, ein theures Vermächtniß für seine Verehrer, wichtige Dokumente für alle Zeitgenossen und für kommende Geschlechter.

Vermischte Nachrichten.

Ueber die Refugiosierung und das Geständnis des Raubmörders Wegner erzählt das „St. Journal“. Folgendes: Der Beamte des Fußbühler Zuchthaus, der nach Zeis geschickt wurde, ging am Donnerstag Vormittag nach dem Krankenhaus und wurde sofort, da Wegner schlief, in das betreffende Zimmer geführt. Wegner, der gerade auf dem Rücken lag, konnte von dem Beamten genau gesehen werden und dieser erkannte in dem Kranken mit voller Bestimmtheit den ehemaligen Gefangenen des Zuchthaus wieder. Nachdem die Polizei und der Arzt davon Kenntniss erhalten, beschloß man, Wegner, dessen Zustand sich sehr gebessert hat, über den auf ihm ruhenden schweren Verdacht Mittheilung zu machen. Als Wegner, der schon mehrfach über die ihm zu Theil werdende aufmerksame Behandlung seine Bewunderung ausgesprochen hatte, am Donnerstag Nachmittag wieder eingeliefert war und augenscheinlich schwer träumte, ging die barmherzige Schwester Thümelowa, seine Pflegerin, an dem Bett vorüber und sagte mit lauter Stimme: „Wegner, was fehlt Ihnen denn? Sein Sie doch ruhig!“ Augenblicklich erwachte der Kranke, sah die Schwester groß an und fragte: „Schwester, habe ich im Schlaf gesprochen? Haben Sie mich nicht eben Wegner genannt?“ Auf die bejaheende Antwort drehte sich Wegner nach der Wand und blieb etwa eine Viertel Stunde lang ruhig liegen. Plötzlich rief er die Krankenpflegerin, die im Zimmer geblieben war, zu sich und gestand ihr, daß sein richtiger Name Wegner sei, den Mord in Berlin habe er nicht allein ausgeführt, sondern Komplizen dabei gehabt. Von der Schwester aufgefordert, der Polizei sein Geständnis zu wiederholen, willigte Wegner ein und erklärte den Beamten, daß er und noch drei Mann gelegentlich des Einbruchs bei Pastor Möller von der Kaiser überbracht worden seien und daß einer der ihm unbekannten Komplizen die Wache ermordet habe. Da Wegner furchtbar aufgeregt war, wurde das Verhör abgebrochen. In der Nacht ergänzte er ganz unaufgefordert sein Geständnis dahin, daß er nicht drei, sondern nur zwei Helfershelfer bei dem Einbruch gehabt habe. Nach den Ermittlungen der Polizei ist dies jedoch unwahrscheinlich, immerhin aber sind nach dem sofort hierher berichteten Geständnis Wegners die Nachforschungen nach den angeblichen Mithätern aufgenommen worden.

Wien, 25. November. Die Prinzessin Luise von Koburg, welche mehrere Monate in der Heilanstalt Obersteiner im neugetheilten Wiener Bezirk untergebracht war, wurde ins Sanatorium Hindinger nach Birkersdorf bei Wien gebracht.

Paris, 25. November. Die „Papeterie“, das Blatt des Papier-Fachvereins, berichtet, seit Beginn des Zoll-Prozesses seien für die Pariser Preise täglich 100 000 Kgr. Papier mehr angefertigt worden. Das Papier für die vielen Flugblätter, Buchausgaben der Prozessverhandlungen und sonstige auf den Fall Dreyfus bezügliche Veröffentlichungen ist dabei nicht inbegriffen. Noch nie hat ein Rechtsfall einen solchen Papierverbrauch hervorgerufen. Seit einiger Zeit wehren sich auch die darauf bezüglichen Widerbogen jeder Gattung, nachdem die zwei bedeutendsten politischen Zeichner, Forain und Caran d'Ache, sich als erbitterte Feinde Dreyfus' betätigt haben.

London, 25. November. In Birmingham, Manchester, Leicester und Glasgow ist der Verkehr durch den großen Schneefall zum größten Theil gestört. Die Schienen sind geschlossen. Viele Züge sind im offenen Felde im Schnee stecken geblieben. Ganze Viehheerden sind eingekesselt und müssen Hunger leiden.

Schiffsnachrichten.

Hamburg, 25. November. Neueste Nachrichten über die Bewegungen der Dampfer der Hamburg-Amerika-Linie.

„Albia“ 24. November in Port Said. „Alma“ 23. November von St. Thomas über Havre nach Hamburg. „Arabia“ 23. November in New Orleans. „Auguste Victoria“ 24. November von Genoa über Gibraltar nach New York. „Volbia“, von St. Thomas, 25. November in Hamburg. „Selvetia“ 24. November in Vera Cruz. „Hispania“, von Boston, 22. November in Hamburg. „Palatia“, von New York nach Hamburg, 24. November kurz vor Anlauf. „Athenia“, von Hamburg über Havre nach West-Indien, 24. November in Grimsby. „Silecia“ 24. November von Havre nach Antwerpen. „Strathgarry“, von Hamburg nach Baltimore, 23. November in Philadelphia.

Stende, 26. November. In Folge des stürmischen Wetters auf dem Vermellanal ist der Postbootdienst zwischen Ostende und Dover vorläufig eingestellt.

London, 25. November. Nach einem bei Lloyd's eingegangenen Telegramm ist der Dampfer „Tisjames“ auf der Fahrt von London nach Swanja gestern während eines Sturmes bei Beachy Head untergegangen. Zehn Seelen sind ertrunken.

Charleston, 26. November. Die wogegliche Bart „Cafre“ ist während eines heftigen Orkans in den Gewässern von Bahia gesunken. Von 15 Matrosen der Bemannung sind zehn Mann von den Schiffen verunglückt worden, die andern konnten sich retten.

Berlin, 25. November.

Butter-Wochenbericht

von Gebrüder Lehmann & Co., NW. 6, Charité-Straße 7, Ecke Luisenstraße. Der Konsum ist merkbar schwächer geworden, außerdem kommt viel fehlerhafte Waare an den Markt und sonst hochfeine Marken erweisen sich vielfach als unhaltbar, was für die Abnehmer verunsichernd ist. Alle diese Umstände drängen dazu, die Notierung heute um 3 Mark zu erniedrigen.

Für Landbutter besteht fortgesetzt guter Bedarf. Preisfeststellung der von den hiesigen Deputation gewählten Kommission (Alles pro 50 Kilo): Hof- u. Genossenschaftsbutter: Ia. 107 M., IIa. 102 M. und IIIa. — Mark, abfallende 97 Mark.

Landbutter: Preussische und Sittauer 86 bis 90 Mark, Neubröder 86 bis 90 Mark, Polnische 86 bis 90 Mark, Bonnersche 86 bis 90 Mark, Baisersche 86 bis 90 Mark, Schlesische 86 bis 90 Mark, Galzische 80 bis 85 Mark.

Obren-Berichte.

Stettin, 26. November. Wetter: Leicht bewölkt. Temperatur + 6 Grad Reaumur. Barometer 743 Millimeter. Wind: Ost. Spiritus per 100 Liter à 100 % loco 70er 37,20 bez.

Landmarkt.

Weizen 160,00 bis 163,00. Roggen 144,00 bis 146,00. Gerste 138,00 bis 146,00.

Safer 136,00 bis 140,00. Stroh 25 bis 30,00 per 24 Zentner.

Berlin, 26. November. In Getreide rc. fanden keine Notierungen statt. Spiritus loco 70er amtlich 38,00, loco 50er amtlich 57,50.

London, 26. November. Wetter: Regen.

Berlin, 26. November. Schluss-Kurse.

Breuss. Consols 4 1/2	101,10	London kurz	204,20
do. 3 1/2	101,10	London lang	202,60
do. 3 1/4	94,40	Amsterdam kurz	168,70
Druck. Reichsanl. 3 1/4	94,10	Paris kurz	80,75
Rom. Pfandb. 3 1/4	98,50	Belgien kurz	80,40
do. 3 1/2	98,80	Verl. Dampfmühl. 129,50	
do. 3 3/4	98,30	Verl. Dampf. Comp.	
do. 4 1/2	98,80	(Stettin)	105,00
Centralanl. 3 1/4	98,90	Chamotte-Fabr. A. G.	
F. anders. 3 1/4	98,90	vorn. Döber	419,75
do. 3 1/2	89,00	„Union“, Fabr. Hem.	22
Italienische Rente	93,70	Probate	140,00
do. 3 1/2	93,70	Varziner-Papierfabr.	200,00
ungar. Goldrente	101,30	Schwarzwaldmühl.	
Minim. 1881. 1881. 1881.		Fahrab-Werte	150,75
Rente	99,60	4 1/2 % Sam. Hyp. Bank	
5 % Goldr.	58,25	1890 u. f.	100,00
von 1890	39,10	3 1/2 % Sam. Hyp. B.	
Rum. anl. Rente 4 1/2	91,90	u. f. 1905	99,00
Wersan. 6 1/2	91,90	Stett. Städt. 3 1/2	
Deutsche Banknoten	169,65	Ultimo-Kurse:	
Nuss. Bankn. Cassa	216,50	Verl. Handels-Ges.	162,60
do. do. Ultimo	216,50	Deutsche Credit	222,25
Dr. Russ. Zollcoup. 322,25		Dynamite Truist	174,75
Frans. Banknoten	80,80	Börsen-Guthaus	214,90
National-Hyp. Cred.		Laurahütte	206,60
Gel. (100) 4 1/2 %	97,00	Sarpener	172,40
do. (100) 4 1/2 %	93,25	Siberia, Bergw.	
do. (100) 4 1/2 %	93,25	Gesellschaft	193,20
do. m. f. 5. 1905		Dortmunder Union	
(100) 3 1/2 %		Litr. C.	94,00
Pr. Hyp. A. B. (100)		Schnepp. Südbahn	92,75
4 1/2 %	100,00	Mariburg-Mühlw.	
Stett. B. u. A. Aktien		bahn	83,25
Litr. B.	215,00	Norddeutscher Lloyd	110,10
Stett. B. u. A. Prior.	214,25	Lombarden	30,80
Stett. Strassenbahn	178,00	Franzosen	151,00
Petersburg kurz	215,80	Kurgurg. Prince-	
Barisch an fira	215,75	Gesellschaft	101,00
		Tendenz: Fest.	

Paris, 25. November, Nachmittags. (Schluss-Kurse.)

8 1/2 % Franz. Rente	102,27	25.	24.
5 % Ital. Rente	94,70	102,27	94,60
Portugies. 4 1/2 %	23,20	94,60	23,30
Portugies. 4 1/2 % Tabakfabr.	—	23,30	474,00
4 1/2 % Rumän. 1880	98,35	474,00	98,30
4 1/2 % Rumän. 1894	—	98,30	—
4 1/2 % Russ. 1880	100,20	—	100,20
4 1/2 % Russ. 1894	94,75	—	94,90
4 1/2 % Serben	59,35	—	59,20
4 1/2 % Spanier äussere Anleihe	41,87	—	42,37
Convert. Türkei	22,62	—	22,50
4 1/2 % Türk. Anleihe	111,50	—	110,70
4 1/2 % Türk. Obligationen	475,00	—	472,00
Tabacs Ottom.	280,00	—	274,00
4 1/2 % ungar. Goldrente	102,70	—	102,60
Meridional-Aktien	689,00	—	687,00
Deutsche Reichsbahn	764,00	—	760,00
Lombarden	—	—	—
B. de France	3630	—	3630
B. de Paris	947,00	—	945,00
Banque ottomane	547,00	—	545,00
Credit Lyonnais	859,00	—	853,00
Debeurs	649,00	—	649,00
Langl. Estrat.	76,00	—	77,00
Nio Tinto-Aktien	764,00	—	763,00
Robinson-Aktien	224,00	—	222,50
Sierraleone-Aktien	365,1	—	365,6
Wagel auf Amsterdam kurz	206,62	—	206,68
do. auf deutsche Plätze 3 M.	122 1/2	—	122 1/2
do. auf Italien	6,50	—	6,75
do. auf London kurz	25,29	—	25,29
Cheque auf London	25,31 1/2	—	25,31 1/2
do. auf Madrid kurz	352,50	—	352,50
do. auf Wien kurz	207,75	—	207,75
Huanchaca Aktien	50,00	—	—
Privatbank	—	—	—

Hamburg, 25. November, Nachm. 3 Uhr. Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per Dezember 31,00 G., per März 32,00 G., per Mai 32,25 G., per September 32,75 G.

Hamburg, 25. November, Nachm. 3 Uhr. Zucker. (Nachmittagsbericht.) Rüben-Rohzucker T. Prob. Basis 88 pKt. Rendement, neue Waare, frei an Bord Hamburg, per November 10,17 1/2, per Dezember 10,25, per Januar 10,32 1/2, per Februar 10,37 1/2, per März 10,40, per Mai 10,50. Fest.

Bremen, 25. November. (Börse-Schluss.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notierung der Bremer Petroleum-Börse.) Loco 6,90 B. Schmalz ruhig. Wilcox 28 Pf. Armour schief 28 Pf. Cudahy 29 Pf. Choice-Grocery 29 Pf. White label 29 Pf. — Speck ruhig. Short clear middl. loco 28 1/2 Pf. — Weiss und. — Kaffee unv. — Baumwolle ruhig. Mlad midl. loco 28 1/2 Pf.

Peft, 25. November, Vormittags 11 Uhr. Produktmarkt. Weizen loco ruhig, per März 9,80 G., 9,82 B. Roggen per März 8,56 G., 8,58 B. Safer per März 5,99 G., 6,01 B. Mais per Mai 4,84 G., 4,86 B. Kohlraps per August 12,40 G., 12,50 B. Wetter: Schön.

Amsterdam, 25. November. Java-Kaffee good ordinary 32,50.

Amsterdam, 25. November. Vancanin 49,75.

Amsterdam, 25. November, Nachm. Getreidemarkt. Weizen auf Termine flau, per November —, per März 181,00. Roggen loco geschäftslos, do. auf Termine flau, per März 142,00, per Mai 136,00. Rübsöl loco 25,25, per Dezember 24,12, per Mai 24,62.

Antwerpen, 25. November, Nachm. 2 Uhr. Petroleum. (Schlussbericht.) Raffinirtes Type weiß loco 19,62 bez. u. B., per November 19,62 B., per Dezember 19,87 B., per Januar-März 20,00 B. Fest.

Schmalz per November 68,00.

Antwerpen, 25. November. Getreidemarkt. Weizen behauptet. Roggen ruhig. Safer beh. Gerste beh.

Paris, 25. November. Getreidemarkt. (Schlussbericht.) Weizen fest, per November 22,20, per Dezember 21,50, per Januar-Februar 21,35, per Januar-April 21,45. Roggen ruhig, per November 14,75, per Januar-April 14,50. Weizen fest, per November 47,30, per Dezember 46,75, per Januar-Februar 46,20, per Januar-April 46,20. Weizen behauptet. Roggen ruhig. Safer beh. Gerste beh.

Paris, 25. November. Kaffee. (Schlussbericht.) Weizen fest, per November 22,20, per Dezember 21,50, per Januar-Februar 21,35, per Januar-April 21,45. Roggen ruhig, per November 14,75, per Januar-April 14,50. Weizen fest, per November 47,30, per Dezember 46,75, per Januar-Februar 46,20, per Januar-April 46,20. Weizen behauptet. Roggen ruhig. Safer beh. Gerste beh.

Stettin, 26. November. Im Revier 5,52 Meter = 17 7/8.

Telegraphische Depeschen.

Berlin, 26. November. Drei Generalmajors und acht Stabsoffiziere, darunter zwei Regimentskommandeure, sind zur Disposition gestellt resp. haben den erbetenen Abschied erhalten. Auch der bekannte Militärchriftsteller Oberst Stein, welcher an der Verteidigung der Capri'schen Militärborlage 1893 wesentlich beteiligt war, wurde verabschiedet.

Peft, 26. November. Während der Aufführung der Operette „Die Mutter“ im Volks-theater fand eine regierungseindliche Demonstration statt. Das Galleriepublikum schrie: „Abgeda! Abgeda! Abgeda!“ Eine für Sonntag geplante Protestversammlung der Studenten gegen die Polizei wurde behördlich verboten.

Paris, 26. November. In der Kammer wollen außer Lagasse noch der Abate Bos und der Sozialist Gras interpellieren. Bos fundigt an, er wolle die Kammer veranlassen zu erklären, daß in den Affaire Picquart und Dreyfus das Kriegsgericht vom Verdacht der Parteilichkeit getroffen sei und werde er ein Gesetz beantragen, das die Revision von Urtheilen der Kriegsgerichte den Schwurgerichten anstatt einem neuen Kriegsgericht zugewiesen werde. Alsdann würde der Prozess Dreyfus vom Kassationshof schieblich an die Richter verweisen werden. Freyinet erbat darauf Aufschluß mit dem Dreyfus, er hoffe, daß die Affaire Picquart unterdessen eine andere Lösung finde. Man nimmt an, daß der Kassationshof durch Vermittelung des Justizministers die Herausgabe der militärischen Akten gegen Picquart verlangen wird. Der Justizminister wird die Deklamation des Kriegsministers übermitteln, der dann die Auslieferung der Akten anordnet, womit der Prozess Picquart von selbst verhandelt würde, bis der Kassationshof die Enquete beendet hat.

Paris, 26. November. Die beiden republikanischen Gruppen der Kammer haben gestern beschlossen, am nächsten Montag einen Gesetzentwurf einzubringen, welcher dahin geht, dem militärischen Revisionsrath alle Revisionsgesuche zu entziehen und sie dem Kassationshof zu überweisen. Diese Maßregel soll getroffen werden, um Picquart, wenn er am 10. Dezember verurtheilt werden sollte, die Möglichkeit zu gewährleisten, sein Revisionsgesuch vor den Kassationshof zu bringen.

Paris, 26. November. Der Abgeordnete Biquart, Labori, erst

London, 25. November. Kupfer Chilibars good ordinary brands 56 Lfr. 5 Sh. — d. Zinn (Straits) 88 Lfr. 2 Sh. 6 d. Zinn 24 Lfr. 12 Sh. 6 d. Blei 13 Lfr. 12 Sh. 6 d. Nothelfen Mixed numbers warrants 49 Sh. 1 P.

Liverpool, 25. November. Getreidemarkt. Weizen mitunter 1/2 d. niedriger, Mehl unverändert, Mais stetig. Wetter: Trübe.

Glasgow, 25. November. (Schluss.) Roh-eisen. Mixed numbers warrants 49 Sh. 2 1/2 d. Bararrants Widdlesborough III. nicht notirt.

Glasgow, 25. November.